



VERHANDLUNGEN DES GEMEINDERATES

Arbeitslosenzahlen unverändert

Die Arbeitslosenzahl bleibt praktisch unverändert zum Vormonat. Per Ende November 2020 waren 88 Personen als arbeitslos gemeldet (Vormonat 92). Insgesamt waren 146 Personen auf Stellensuche (Vormonat 140), davon 19 Langzeitarbeitslose (Vormonat 19).

Alle Gemeindeversammlungsbeschlüsse sind rechtskräftig

Sämtliche Beschlüsse der Einwohnergemeindeversammlung vom 18. November 2020 sind am 22. Dezember 2020 in Rechtskraft erwachsen.

Baubewilligungen

Dätwyler Walter und Susanna, Hüssiweg 33

- Büroraum in bestehendes Lager inkl. Fassadenanpassung, Parzelle 765, Geb-Nr. 365a, Hüssiweg 33

De Rose Tatiana und Gianni, Buchenweg 4

- Neubau Schwimmbad mit Wärmepumpe, Parzelle 1730, Geb-Nr. 1613, Buchenweg 4

Keine Lohnerhöhung für Gemeindepersonal

Der Gemeinderat hat aufgrund der zu erwartenden Negativsteuerung, den Auswirkungen von Covid-19 auf die Wirtschaft und der sicheren Arbeitsstelle auf eine generelle und individuelle Lohnerhöhung für das Gemeindepersonal verzichtet. Bei einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestand ein strukturelles Defizit, welches nachgebessert wurde.

Bewilligung für ein Feuerwerk an Silvester

Der Gemeinderat hat einer Privatperson die Bewilligung für das Abbrennen eines Feuerwerks an Silvester bis max. 15 Minuten bewilligt.

Überprüfung Nutzungsänderung Kommandoposten Breitbachstrasse

Die Schutzanlage Breitbachstrasse (Kommandoposten, KP Breitbach) wurde vom Bundesamt für Sport in seiner Funktion als Schutzanlage aufgehoben sowie das Recht zur freien Benutzung der Gemeinde übergeben. Der Gemeinderat prüft nun, den ehemaligen KP Breitbach in einen öffentlichen Schutzraum mit ziviler Nutzung umzuwandeln (Übernachtungsmöglichkeit für Anlässe etc.).

Die Schutzplatzkapazität in der Gemeinde ist durch die rege Bautätigkeit gesunken (106 %). Mittelfristig könnte der Grenzwert von 100 % erreicht werden mit der Folge, dass die privaten Bauherrschaften wieder selber Schutzräume in den Wohnbauten realisieren müssten. Dies will der Gemeinderat zur Sicherung der Standortattraktivität verhindern. Im Frühjahr 2021 werden die Kosten ermittelt. Anschliessend wird mit dem zuständigen Amt des Kantons Aargau die Kostenbeteiligung abgeklärt. Nach Vorliegen des Kostenvoranschlags und der Klärung der Kostenbeteiligung durch den Kanton wird der Gemeinderat über die weitere Verwendung beraten und allenfalls das notwendige Kreditbegehren der Einwohnergemeindeversammlung vorlegen.